

GRIECHENLAND

Gewerkschaftsmonitor

April 2021

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Regierung der NEA DIMOKRATIA unter Kyriakos Mitsotakis, seit Juli 2019 im Amt, liegt Umfragen zufolge in der Wählergunst weiterhin 12 bis 15 Prozentpunkte vor der Partei SYRIZA, der stärksten Oppositionspartei. Dabei profitiert die Regierung immer noch von der Zustimmung der Wählerschaft zu ihrem Corona-Krisenmanagement, das im Frühjahr 2020 als sehr erfolgreich wahrgenommen wurde, auch wenn das Bild sich seit dem Herbst allmählich verändert: Die Ausbreitung der Pandemie konnte nicht verhindert werden, das nationale Gesundheitssystem offenbarte seine chronische Schwäche, die Maßnahmen der Regierung sind oft inkonsequent und verwirrend. Gleichzeitig verschärft sich die Wirtschaftskrise und, die Beschäftigten im privatwirtschaftlichen Sektor sind erneut mit Arbeitslosigkeit oder Teilzeitarbeit konfrontiert.

Bei den Wahlen von 2019 kam SYRIZA auf 31 Prozent der Stimmen, hat sich aber noch immer nicht von ihrer Niederlage erholt. Die sozialdemokratische Partei KINAL (ehemals PASOK) unterstützte die Entscheidungen der Regierung in der ersten Phase der Pandemie, aber angesichts der enttäuschenden Nachrichten sowohl von der Corona- als auch der Wirtschaftsfrent hat die Parteiführung ihre Linie verändert und geht auf Konfrontationskurs. Der Vorsitzende der rechtspopulistischen ELLINIKI LYSI (Griechische Lösung) Kyriakos Velopoulos richtet sich mit seiner Rhetorik vor allem an die Impfgegner_innen und Verschwörungstheoretiker_innen, kann davon bisher aber nur wenig profitieren. Die neonazistische »Goldene Morgenröte« (GD) war bei den Wahlen erfreulicherweise an der 3-Prozent-Hürde gescheitert, und die Parteispitze wurde 15 Monate später vom obersten griechischen Gerichtshof (Areios Pagos) wegen Führung einer kriminellen Vereinigung zu Haftstrafen verurteilt.

Unter Kyriakos Mitsotakis, der eigentlich als Politiker der liberalen Mitte gilt, konnte die NEA DIMOKRATIA viele Wähler-

stimmen aus der politischen Mitte (die meisten von ihnen ehemalige PASOK-Wähler) für sich gewinnen. Mitsotakis war bemüht, den Schritt in Richtung der politischen Mitte zu festigen, indem er progressive und zum Teil aus der PASOK stammende Politiker_innen in sein Kabinett berief. Allerdings verlor diese politische Ausrichtung zunehmend an Dynamik angesichts neuer Herausforderungen: Migration, starke Spannungen im Verhältnis zur Türkei, Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Die öffentliche Sicherheit rückte wieder mehr in den Vordergrund, die Einwanderungspolitik wurde verschärft, die Medienlandschaft wird immer mehr von regierungsfreundlichen Einstellungen dominiert und das Problem der mangelnden Transparenz in den Massenmedien hat sich weiter zugespitzt. Vor dem Hintergrund von Ungewissheit und sich häufender Beschwerden über die Unzulänglichkeiten des Gesundheitssystems, eines deregulierten Arbeitsmarkts, geringem Verantwortungsbewusstsein und wenig demokratischem Fingerspitzengefühl zeugen die Reaktionen der Regierung von einem konservativen Kurswechsel.

Die programmatischen Schwerpunkte von Regierungschef Mitsotakis lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Belebung des Wirtschaftswachstums durch Hilfen aus dem Aufbau- und Resilienzfonds der EU sowie aus der EU-Initiative REACT; dazu steigende ausländische Investitionen, Struktur-reformen, Steuer- und Abgabensenkungen, Modernisierung des Staates und Abbau von Bürokratie durch Digitalisierung sowie die Verbesserung der inneren Sicherheit. Der vorgelegte »Nationale Aufbauplan« kann jedoch kaum als bahnbrechend bezeichnet werden, da soziale Gerechtigkeit und Klimawandel nicht zu seinen Kernpunkten gehören. Zudem bemühte sich die Regierung in keiner Weise, die Sozialpartner in die Planung miteinzubeziehen und damit die Legitimität der Reformen zu stärken.

Die Entscheidungen der Regierung scheinen immer mehr von den Hardlinern am rechten Flügel beeinflusst. Vor allem das harte Durchgreifen der Polizei gegen Hausbesetzungen und die Aufhebung des sogenannten »Universitätsasyls«, das der Polizei bisher den Zugang zu Universitätsgeländen untersagte, haben Mitsotakis hohe Zustimmungswerte – auch über Part-

eigrenzen hinweg – verschafft. Nur wenige Monate, nachdem das Parlament das Universitätsasyl aufgehoben hatte, verabschiedete die Regierung im Rahmen von Bildungsreformen ein Gesetz, das den Einsatz von Spezialeinheiten der Polizei auf dem Campus erlaubt.

Mitsotakis' Bemühungen, dem rechten Flügel seiner Partei entgegenzukommen, wurde auch beim Umgang mit den Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2019 offensichtlich. Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Regierung für ihre »neue Taktik«, die Geflüchteten an den Landesgrenzen abzuweisen. Die Regierung musste sich auch viele ernsthafte Fragen zu ihrem immer härteren Vorgehen gegen Geflüchtete während der Krise an der griechisch-türkischen Grenze im Februar 2020 gefallen lassen. Die Überfüllung und die unmenschlichen Bedingungen im Geflüchtetenlager Moria auf der Insel Lesbos sind vorerst der offensichtlichste Beweis für das Scheitern sowohl des harten Kurses der griechischen Regierung als auch der Migrationspolitik der EU insgesamt. Auch die Verschärfung des Asylrechts im Herbst 2019 ist als innenpolitisches Signal »nach rechts« zu werten.

Mit der Corona-Pandemie bahnte sich dann eine weitere ernsthafte Herausforderung für die Regierung an: Sie musste aufgrund der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen ein Krisenmanagement auf die Beine stellen. Im Gegensatz zu anderen EU-Ländern ist Griechenland bisher vergleichsweise gut durch die Krise gekommen, aber die Situation ist nach wie vor kritisch und kann sich rasch verschärfen.

Die linken Parteien SYRIZA und KINAL sind immer noch damit beschäftigt, sich neu aufzustellen und in ihre gemeinsame Rolle als Opposition hineinzuwachsen. Der SYRIZA-Vorsitzende Tsipras sitzt parteiintern fest im Sattel; seine Führungsrolle wird bisher von niemandem ernsthaft in Frage gestellt. Schon seit längerem will er der radikalen Linkspartei ein sozialdemokratisches Profil verleihen und sie als breite »progressive Mitte-Links-Allianz« etablieren. Dagegen gibt es jedoch innerparteilichen Widerstand. Die Partei befindet sich in einem Selbstfindungsprozess und will bei ihrem nächsten Parteitag neue politische Strategien in die Wege leiten.

KINAL beobachtet diese Entwicklungen mit unverhohlenem Misstrauen. Die sozialdemokratische Partei unter ihrer Vorsitzenden Fofi Gennimata liegt in den Umfragewerten bei lediglich 5 bis 6 Prozent und kämpft ums Überleben. Bisher ist es ihr nicht gelungen, ihr Profil als unabhängige progressive Kraft zu schärfen. Sie ist bestrebt, sich in ihrer Politik gleichermaßen von NEA DIMOKRATIA und SYRIZA abzugrenzen. Aber statt sich auf die dringend notwendige programmatische und personelle Erneuerung zu konzentrieren, wird sämtliche Energie in innerparteilichen Machtkämpfen verschwendet, was vor allem einen Verlust an jungen Wählerstimmen nach sich zieht. Es ist schwer einschätzbar, ob auf dem nächsten Parteitag im Frühjahr 2022 ein Neuanfang gelingen kann. Bis jetzt haben neben Fofi Gennimata drei weitere Politiker – Nikos Androulakis, Andreas Loverdos und Pavlos Geroulanos – angekündigt, für den Parteivorsitz kandidieren zu wollen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Nach Jahren der Krise befand sich Griechenlands Wirtschaft gerade wieder auf Wachstumskurs (1,87 Prozent im Jahr 2019), als dieser aufgrund der Pandemie zu einem jähen Ende kam. Noch Ende Januar 2020 twitterte Mitsotakis voller Enthusiasmus: »Griechenland ist zurück«, nachdem die Ratingagentur Fitch Griechenlands Kreditwürdigkeit von »BB-« auf »BB« hochgestuft hatte. Der makroökonomischen Prognose der EU-Kommission zufolge ist mittlerweile davon auszugehen, dass die griechische Wirtschaft 2020 um 10 Prozent zurückgegangen ist. Sowohl die griechische Regierung als auch internationale Institutionen erwarten für 2021 eine bedeutsame Wachstumsrate: 4,8 Prozent laut der Vorhersage der Regierung vom November 2020, 5,1 Prozent laut dem Basisszenario des IWF und 3,5 Prozent laut der Zwischenprognose der EU-Kommission vom Februar 2021. Die Staatsschulden waren von 184 Prozent des BIP (2018) auf 176 Prozent (2019) gesunken, liegen im Jahr 2020 wohl bei 196 Prozent, bevor sie 2021 laut Prognosen wieder auf rund 183 Prozent sinken – eine Zahl, die immer noch besorgniserregend hoch ist. Die wirtschaftliche Zukunft wird davon abhängen, ob es der Regierung Mitsotakis gelingt, die Corona-Krise in den Griff zu bekommen. Mitsotakis bemüht sich, das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft zurückzugewinnen. Der Druck aus aller Welt und aus Europa, eine Sparpolitik zu verfolgen, hat aufgrund der Pandemie etwas nachgelassen, und die Regierung könnte davon profitieren.

Erwähnenswert ist, dass die Regierung bereits beschäftigungspolitische und steuerliche Maßnahmen zur Abfederung der finanziellen Auswirkungen der Krise auf die Unternehmen eingeführt hat: Steuersenkungen für Unternehmen, Freiberufler_innen und Selbständige, Beihilfen und Zuschüsse sowie Regulierungen für Beschäftigung und Sozialversicherung. Dazu gehören die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitgeber_innen und Selbständige, die Zahlung einer staatlichen Ersatzleistung in Höhe von 800 Euro und vollem Versicherungsschutz bei der befristeten Aussetzung von Arbeitsverträgen, die Beteiligung von freiberuflichen Wissenschaftlern an einem Teletraining-Programm des Arbeitsministeriums, und die Verlängerung der Fristen für die Auszahlung des Ostergeldes.

Die Erwerbstätigen wurden durch eine schrittweise Senkung des Eingangssteuersatzes, der Sozialabgaben sowie durch die Abschaffung der Solidaritätsabgabe finanziell entlastet. Die Pläne, den Mindestlohn von 650 Euro auf 703 Euro anzuhähen, wurden aufgrund der Corona-Krise zurückgestellt. Um Griechenland für ausländische Investitionen attraktiver zu machen, verabschiedete das griechische Parlament im Oktober 2019 ein Investitionsförderungsgesetz. Privatisierungsprojekte, die unter der SYRIZA-Regierung nicht vorankamen, sollen nun unter Dach und Fach gebracht werden.

Trotz dieser potenziell positiven Signale ist die Arbeitslosenrate mit 17,3 Prozent (2019) nach wie vor die höchste in Europa, wobei die Zahl arbeitsloser Frauen weit über der der Männer liegt (21,5 Prozent gegenüber 14 Prozent). Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit liegt Griechenland mit 35,2 Prozent

(2019) europaweit an der Spitze. Neu entstehende Arbeitsplätze sind zum größten Teil Teilzeitstellen oder Saisonjobs.

Armut, soziale Ungleichheit und geringer sozialer Zusammenhalt sind nach wie vor Charakteristika der griechischen Gesellschaft. Laut der EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen war ein Drittel (30 Prozent) der griechischen Bevölkerung 2019 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht (fast 10 Punkte über dem Durchschnitt der EU-27).

Die Corona-Pandemie hatte Auswirkungen auf die Prioritäten der Regierung. Das anschaulichste Beispiel dafür ist die Digitalisierung: Mehrere öffentliche Dienstleistungen wurden schnell und effizient digitalisiert. Die Bereitstellung digitaler Dokumente wie ärztlicher Verschreibungen und Meldebescheinigungen wurde schon in der ersten Pandemiephase realisiert. Fernunterricht und das Arbeiten im Homeoffice wurden sowohl für wissenschaftliche Institutionen als auch für Schulen zur Regel.

Auch im privatwirtschaftlichen Sektor hat die Digitalisierung Fortschritte gemacht. Vor der Pandemie arbeiteten in sieben von zehn griechischen Unternehmen gerade mal 25 Prozent der Belegschaft von zuhause. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie arbeiten in sechs von zehn Unternehmen mehr als die Hälfte der Angestellten im Homeoffice.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Noch heute sind die Stellung und gesellschaftliche Wahrnehmung der Gewerkschaften nur vor dem Hintergrund ihrer Rolle während der Schuldenkrise zu verstehen. Die Aufhebung von Tarifverträgen und die allgemeine Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen im Zuge der Rettungsprogramme hatten die Gewerkschaften nachhaltig geschwächt.

Es wäre zu erwarten gewesen, dass die Gewerkschaften nach dem Ende der Strukturanpassungsprogramme (»Memoranda«) wieder eine größere Rolle spielen würden. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Die sichtbarsten Aktionen der drei großen Gewerkschaften ADEDY (Dachverband der Beschäftigten im öffentlichen Dienst), GSEE (Dachverband der Beschäftigten im privatwirtschaftlichen Sektor) und PAME (kommunistische »militante Arbeiterfront«) waren wiederholte Aufrufe zu Generalstreiks. Die aus den Krisenjahren herrührende Enttäuschung über die Gewerkschaften, aber auch die Einsicht in die Notwendigkeit einer Dialog- und Kompromisskultur in der griechischen Politik haben allerdings zu einer wachsenden Streikmüdigkeit geführt.

Die Ausbreitung des Coronavirus und das Verbot von Massenveranstaltungen belastete das Verhältnis der Gewerkschaften zu ihren Mitgliedern noch weiter, vor allem weil das Stillhalten der Gewerkschaften das Gefühl der Machtlosigkeit und Vereinzelung der Arbeiterschaft in vielen Wirtschaftsbranchen verstärkte. Dazu kam, dass die Regierung unterstützt durch die Massenmedien jede von der gewerkschaftlichen Basis ausgehende Initiative missachtete oder – im Falle von Demonstrationen – als moralisch unverantwortlich und/oder strafbar darstellte.

Große Gewerkschaften wie die POEDIN (Vereinigung des Krankenhauspersonals), die OENGE (Verband der Ärzte und Ärztinnen in öffentlichen Krankenhäusern), die EKA (Arbeitnehmerzentrum Athens) und PAME riefen dennoch im November 2020 zu Arbeitskämpfen auf, um ihre Forderung an die Regierung durchzusetzen, das Gesundheitssystem mit Neueinstellungen und durch die Einbeziehung von privaten medizinischen Einrichtungen, Ausrüstung und Personal zu stärken. Mitte November rief PAME zu Aktionen auf gegen die unzureichende staatliche Unterstützung des öffentlichen Nahverkehrs (ein wichtiger Faktor bei der Ausbreitung des Coronavirus). Einige Tage später forderten ADEDY und PAME zu einem Generalstreik auf – aus Protest gegen einen Gesetzentwurf des Ministeriums für Arbeit und Soziales, der Regulierungen zu Arbeitszeiten, Überstunden, Arbeitskämpfen und zur Gewerkschaftsarbeit enthielt. Am Generalstreik von PAME und ADEDY beteiligten sich auch Gewerkschaften im Verkehrsbereich, darunter die Gewerkschaft des Athener Bus- und U-Bahn-Personals (SELMA), die Gewerkschaft der »schienegebundenen Verkehrsmittel AG« (STASY), der Schiffsmechaniker (PEMEN), der Seeleute (PENEN) und der Schiffsköche ((PEEMAGEN). Die Vertretungen der auf Schiffen Arbeitenden beschuldigten die Schiffseigner, unzumutbare Arbeitsbedingungen aufzuerlegen. Auch die Beteiligung der im Postdienst Beschäftigten war beeindruckend. Insgesamt konnten landesweit Tausende von Erwerbstätigen für den Streik mobilisiert werden. Hier und dort kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei (einige Gewerkschaftsvertreter_innen erhielten Anzeigen wegen Verstoßes gegen die Corona-Auflagen). Dieser Streik offenbarte auch die Spaltung zwischen den linken Gewerkschaften und dem sozialistisch-konservativen Block, der heftigen Widerstand gegen die Arbeitskämpfe des GSEE während der Pandemie leistete. Der wichtigste Beitrag von GSEE im gegenwärtigen Kampf gegen die Deregulierung des Arbeitsmarktes im Zusammenhang mit der Corona-Krise ist die Gründung der Plattform »ANTI-COVID-19-Gruppe zur Information und Unterstützung für Beschäftigte«, mit der sichergestellt werden soll, dass die Öffentlichkeit umfassend informiert wird und Verstöße gegen das Arbeitsrecht gemeldet werden können.

Die Schwäche und die Uneinigkeit der Gewerkschaftsbewegung wurden durch die zweimalige Absage des jährlichen GSEE-Kongresses offenkundig, der ursprünglich für März 2019 geplant war. In beiden Fällen störte die kommunistische Gewerkschaft PAME die Versammlung. PAME warf GSEE vor, sich zu sehr an den Interessen der Arbeitgeber_innen zu orientieren und neoliberale Positionen einzunehmen. Am 25. Februar 2020 fand der Kongress schließlich unter starkem Polizeischutz und trotz der Proteste von PAME außerhalb des Tagungszentrums in einem dritten Anlauf statt. Aus der Wahl für den GSEE-Rat ging erneut die KINAL nahestehende PASKE-Fraktion mit 17 Sitzen als Siegerin hervor, während die eng mit NEA DIMOKRATIA verbundene DAKE-Fraktion mit 11 Sitzen die zweitstärkste und PAME die drittstärkste Kraft wurde. Die SYRIZA nahestehenden Gewerkschafter_innen sind in zwei Fraktionen gespalten, die bei der Wahl beide (mit 3 bzw. 5 Sitzen) schlecht abschnitten. Die Regierung wurde durch Vize-Premierminister Panagiotis Pikrammenos auf dem Kongress vertreten, und die KINAL-Vorsitzende Fofi Gennimata hielt die Begrüßungsrede. Die Anwesenheit der beiden

kann als positives Zeichen für einen Neuanfang im Dialog der Sozialpartner gewertet werden.

Den beiden großen Dachverbänden GSEE und ADEDY ist es nicht gelungen, eine interne Erneuerung durchzuführen, weshalb sie nicht nur an Durchsetzungskraft, sondern auch an Glaubwürdigkeit verloren. Kaum jemand denkt heute, dass sich seine Situation durch die Mitgliedschaft in einer dieser Gewerkschaften verbessern würde, und dementsprechend niedrig ist der Organisationsgrad. In letzter Zeit wird diskutiert, ob auch in prekären Beschäftigungsverhältnissen Arbeitende in die Gewerkschaften aufgenommen werden sollten. Die Zahl der informell Beschäftigten hat in den letzten Jahren stark zugenommen, und dieser Personenkreis könnte möglicherweise die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften erhöhen. Die Meinungen darüber gehen jedoch innerhalb der Gewerkschaften auseinander. Für manche (wie z. B. das Arbeitnehmerzentrum Athens EKA) könnten diese Arbeitskräfte ein großes Potential für die Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung darstellen. Diese Ansicht vertreten auch die linken Fraktionen der GSEE (die mit SYRIZA, anderen linken Parteien und der Kommunistischen Partei Griechenlands [KKE] verbunden sind). Dagegen steht die gängige und auch von Gewerkschaftsführungen vertretene Meinung, dass die Aufnahme von prekär Beschäftigten den Status der bisherigen Gewerkschaftsmitgliedschaft in Frage stellen würde.

GEWERKSCHAFTEN IN GRIECHENLAND – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Gewerkschaften waren während der Militärdiktatur (1967–1974) offiziell nicht tätig, auch wenn sich viele Gewerkschaftsmitglieder aktiv an den Kämpfen zur Wiederherstellung der Demokratie beteiligten. In den ersten Jahren der wiederhergestellten Demokratie wurden die gewerkschaftlichen Aktivitäten vom Staat stark kontrolliert. Das 1982 erneuerte Gesetz zu den Gewerkschaften, das unter anderem den Grundstein für eine angemessene Vertretung der Arbeitnehmer_innen legte, markierte den Beginn einer für griechische Verhältnisse sehr aktiven Zeit der Gewerkschaften, die bei der Politikgestaltung mitwirkten und am Sozialdialog teilnahmen. Die engen Verbindungen zwischen (Regierungs-)Parteien und Gewerkschaften zeichneten sich jedoch bereits damals ab und führten in der Folge zu einem System des »Gebens und Nehmens«. Das Argument, dass der Klientelismus zum Teil aufgrund der Vergrößerung des öffentlichen Sektors in den 1970er- und 1980er-Jahren zunahm, ist heute weit verbreitet und empirisch belegt. Allerdings darf man eine andere Tatsache nicht aus den Augen verlieren: Die Vergrößerung des griechischen öffentlichen Sektors an sich war nicht ausschließlich auf den Klientelismus zurückzuführen, sondern resultierte auch daraus, dass der griechische Staat in einem komplexeren und vernetzten internationalen Umfeld im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts neue Rollen und Verantwortlichkeiten übernahm. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl im öffentlichen Sektor Griechenlands lag selbst bei ihrem Höchststand leicht unterhalb des Durchschnitts der damals EU-15.

Das Recht auf freie Tarifverhandlungen wurde 1990 eingeführt. In den Jahren danach wurden die ersten flexiblen Arbeitsverträge abgeschlossen, die eine neue Kategorie von Beschäftigten hervorbrachten, die sich sowohl durch Flexibilität als auch durch Schutzlosigkeit auszeichnete. Diese prekär Beschäftigten sind in der Regel nicht gewerkschaftlich organisiert. Seit dem Jahr 2000 bemühen sich Gewerkschaften in verschiedenen Wirtschaftssektoren, unter anderem der Telekommunikation, dem Gastgewerbe, der Gebäudereinigung und den Kurierdiensten, um eine gewerkschaftliche Organisation dieser Beschäftigten.

Der Machtverlust der Gewerkschaften begann 2010, als Griechenland im Zusammenhang mit den Rettungspaketen zu Sparmaßnahmen gezwungen war und die Arbeitslosenrate massiv anstieg.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die beiden offiziellen Gewerkschaftsbünde Griechenlands sind GSEE (Allgemeiner Arbeiterbund Griechenlands) und ADEDY (Dachorganisation der im öffentlichen Dienst Beschäftigten). Ein Gewerkschaftsverband von regionaler Bedeutung ist EKA, das Arbeitnehmerzentrum Athens. Eine der wichtigsten und mächtigsten Branchengewerkschaften ist GENOP-DEI, die Gewerkschaft der Beschäftigten beim staatlichen Energieversorger (DEI).

GSEE vertritt hauptsächlich Arbeitnehmer_innen im privatwirtschaftlichen Sektor, aber auch Beschäftigte mit Zeitverträgen im öffentlichen Sektor sowie Beschäftigte in privatrechtlichen öffentlichen Unternehmen. ADEDY ist die Dachorganisation von Angestellten im öffentlichen Sektor, von Beschäftigten bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts und von Angestellten der Kommunal- und Stadtverwaltungen. GSEE und ADEDY vereinen sehr viele Branchengewerkschaften und regionale Verbände unter ihrem Dach.

PAME (Militante Arbeiterfront) ist die Gewerkschaftsorganisation der Kommunistischen Partei Griechenlands. Sie wurde 1999 gegründet und lehnt den Kapitalismus, die Europäische Union und die Regierung ab. Sie versteht sich als eigenständige Gewerkschaftsbewegung, nimmt aber an den Wahlen von GSEE und ADEDY teil. PAME vertritt sowohl den privaten als auch den öffentlichen Produktionssektor. Diese Gewerkschaft hat weder einen Vorstand noch eine_n Vorsitzende_n, sondern wird von einem Exekutivkomitee geleitet. Sie ist Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes (WGB). Während GSEE und ADEDY oft gemeinsam Arbeitskämpfe durchführen, organisiert PAME immer ihre eigenen Demonstrationen und Arbeitskämpfe und versucht regelmäßig, die beiden Dachgewerkschaften zu sabotieren. Vor allem im Vergleich zur GSEE, deren Potenzial zur Mobilisierung seiner Mitglieder in den letzten Jahren beträchtlich untergraben wurde, ist PAME auch heute noch sehr effektiv in ihrer Mitglieder mobilisierung.

EKA (Arbeitnehmerzentrum Athens) ist ein regionaler und mit rund 110.000 Mitgliedern der größte Gewerkschaftsverband zweiten Grades in Griechenland (zur Gewerkschafts-

struktur siehe unten). Sie ist Mitglied bei GSEE und ECTUN (European Capitals Trade Unions Network) und überaus aktiv – sowohl in Bezug auf die Mobilisierung ihrer Mitglieder als auch hinsichtlich der wissenschaftlichen Arbeit ihres Instituts.

GENOP-DEI zählt zu den bedeutendsten Branchengewerkschaften Griechenlands. Aufgrund der hohen Beschäftigungszahl des staatlichen Energieversorgers DEI und dessen Schlüsselrolle beim geplanten Ausstieg aus der Kohleförderung verfügt sie über erheblichen Einfluss. In Bezug auf die Dekarbonisierung ist GENOP-DEI der Ansicht, dass diese nicht innerhalb der nächsten sieben Jahre umzusetzen ist, weil Griechenland nicht über genügend erneuerbare Energiequellen verfügt. In der Vergangenheit geriet die Gewerkschaft jedoch aufgrund von Finanzskandalen und fragwürdigen Kreditvergabepraktiken in öffentlichen Misskredit.

Im privatwirtschaftlichen Sektor gibt es weitere kleine Gewerkschaften, die sich von den offiziellen Gewerkschaftsstrukturen (der GSEE) fernhalten und in die Kategorie des sogenannten *Social Movement Unionism* eingeordnet werden könnten. Typische Beispiele für eine solche Verbindung von Gewerkschaft und sozialer Bewegung sind die Buchdrucker-

ckergewerkschaft BOPU und die »Informelle Versammlung der Berufskraftfahrer«, SVEOD. Sie haben jedoch kaum Einfluss.

Was die Struktur der Gewerkschaften betrifft, sieht das griechische Recht drei Grade vor:

- a) Gewerkschaften des **ersten Grades**. Sie haben rechtliche Autonomie und sind entweder auf eine kleine Region oder ein Unternehmen beschränkt. Sie können Teil einer nationalen Branchengewerkschaft oder eines regionalen Gewerkschaftsverbandes (zweiten Grades) sein.
- b) Gewerkschaften des **zweiten Grades**: Hierbei handelt es sich entweder um nationale Industrie- bzw. Berufsverbände (Branchengewerkschaften wie z.B. die GENOP-DEI) oder um regionale Organisationen wie das Arbeiterzentrum Athens (EKA).
- c) Gewerkschaften des **dritten Grades**: nationale Dachorganisationen wie GSEE und ADEDY, die aus Gewerkschaften des zweiten Grades bestehen.

Die Verbindungen zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien sind in Griechenland traditionell sehr eng. Die

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Griechenland

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Γενική Συνομοσπονδία Εργατών Ελλάδος, ΓΣΕΕ (Generalverband der griechischen Arbeiter, GSEE)	Vorsitz: Ioannis Panagopoulos Generalsekretär: Nikos Kioutsoukis	330000	IGB, EGB
Ανώτατη Διοίκηση Δημοσίων Υπαλλήλων, ΑΔΕΔΥ (Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst, ADEDY)	Vorsitz: Ioannis Pidas Generalsekretär: Dimitris Bratis	264375	EGB, PSI, EPSU

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Griechenland

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Ομοσπονδία Λειτουργών Μέσης Εκπαίδευσης, ΟΛΜΕ (griechischen Sekundarschullehrergewerkschaft, OLME)	ADEDY	Vorsitz: Theodoros Tsouchlas Stv. Vorsitz: Theodoros Malagaris	41000	ETUCE, EI
Γενική Ομοσπονδία Προσωπικού ΔΕΗ, ΓΕΝΟΠ ΔΕΗ (Gewerkschaft der Arbeiter in der öffentlichen Energieversorgung, GENOP DEI)	GSEE	Vorsitz: Georgios Adamidis Generalsekretär: Antonios Karras	15500	EPSU
Ομοσπονδία Συλλόγων Υπηρεσίας Πολιτικής Αεροπορίας, ΟΣΥΠΑ (Gewerkschaft der Griechischen Zivilluftfahrt, OSYPA)	ADEDY	Vorsitz: Konstantinos Triantafyllou Generalsekretär: Kostas Minas	k. A.	ETF, ITF

Parteien sind direkt in den Gewerkschaften repräsentiert, und zwar in Form von politischen Fraktionen, die sich unter einem anderen Namen als dem Parteinamen zur Wahl stellen. Die Anzahl der Stimmen einer Fraktion entscheidet über die Anzahl der Sitze im Vorstand der Gewerkschaft. Die Fraktion mit den meisten Sitzen oder eine Koalition aus mehreren Fraktionen bestimmt anschließend den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes. Die enge Verknüpfung von politischen Parteien und Gewerkschaften ist einer der Gründe für das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Gewerkschaften. Zahlreiche Skandale, Machtmissbrauch und die Durchsetzung von parteipolitischen Eigeninteressen haben die Gewerkschaften insgesamt in Verruf gebracht, aber auch die von den Eliten, den Regierungen und den Medien entfachte zunehmende Gewerkschaftsfeindlichkeit hat ein Übriges dazu getan. Und schließlich darf man auch die gewerkschaftsfeindliche und individualistische Kultur nicht vergessen, die in den griechischen Betrieben vorherrscht.

Mitten in der Corona-Krise erhielt GSEE innerhalb von zwei Monaten (November und Dezember 2020) 450 Beschwerden von Arbeitnehmer_innen über ein regelwidriges Vorgehen ihrer Arbeitgeber_innen. In den meisten Fällen werden die Unternehmen beschuldigt, ihre Mitarbeitenden durch Erpressung zum Arbeiten zu zwingen, obwohl diese Urlaub haben. Ähnliche Beschwerden machte auch PAME öffentlich. Der damalige Minister für Arbeit und Soziales, Giannis Vrotsis, verwarnte die Unternehmen, die gegen Arbeitsbestimmungen verstießen, und versprach neue institutionelle und gesetzliche Initiativen.

In der Regel legen die Gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen nicht offen, und öffentlich zugängliche Informationen über Mitgliederzahlen sucht man vergebens. Geplant ist jetzt ein elektronisches Register, in dem auch Mitgliederzahlen verzeichnet werden sollen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ist in Artikel 23 der griechischen Verfassung verankert: »Der Staat trifft im Rahmen der Gesetze die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Koalitionsfreiheit und der ungehinderten Ausübung der damit zusammenhängenden Rechte gegen jede Art von Verletzung.« Die Gründung, die Ziele, die finanzielle Unabhängigkeit und das Wahlverfahren der Gewerkschaften sind in einem Gesetz festgelegt, das den Titel trägt: »Für die Demokratisierung der Gewerkschaftsbewegung und die Gewährleistung des Rechts der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitnehmer«. Dieses Gesetz sichert auch das Streikrecht zu und nennt die Voraussetzungen für die Ausübung dieser Rechte (Art. 20). Im Jahr 2018 kam es zur Reform des Streikrechts, was die Gewerkschaften auf die Straße trieb. Bei dieser Reform handelte es sich um eine mit den Gläubigern im Rahmen der Anpassungsprogramme vereinbarte Maßnahme. Damit wurde das geforderte Quorum für Urabstimmungen in Gewerkschaften ersten Grades von einem Fünftel auf die Hälfte der eingeschriebenen Mitglieder erhöht. Seitdem ist für die Ausrufung eines Streiks ein Mehrheitsvotum nötig.

Demonstrationen sind für die griechischen Gewerkschaften besonders wichtig. Daher war die Änderung des Demonstrationsrechts ein herber Schlag: Im Juli 2020 wurde ein Gesetz zum Demonstrationsrecht verabschiedet. Es soll verhindern, dass das Zentrum Athens und anderer Städte immer wieder durch kleine Demonstrationen lahmgelegt wird. Bei jeder Kundgebung muss nun eine Person für die Organisation/Koordination genannt werden, die für den friedlichen Ablauf verantwortlich und Ansprechperson für die Polizei ist. Gemäß dem neuen Gesetz ist diese Person für entstehende Schäden und ihre Beseitigung verantwortlich. Von dieser Verantwortung ist sie befreit, wenn sie die Kundgebung rechtzeitig angemeldet hat und nachweisen kann, dass sie alle notwendigen Maßnahmen für einen störungsfreien Ablauf ergriffen hatte. Die Polizei ernennt einen »polizeilichen Vermittler«, der Kontaktperson zwischen den vor Ort befindlichen Polizeikräften und der für die Demonstrationsorganisation zuständigen Person ist.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften haben im Zuge der Schuldenkrise massiv an Durchsetzungskraft verloren. Ihre Position im sozialpartnerschaftlichen Dialog ist geschwächt. Auch in Bezug auf ihre Kernaufgaben wurden und werden sie ausgegrenzt. Das Abebben der Proteste, insbesondere nachdem SYRIZA an die Regierung kam, hatte ebenfalls Auswirkungen auf den Rückgang an gewerkschaftlicher Aktivität. Der eigentliche Grund für die derzeitige Randstellung der Gewerkschaften liegt jedoch eher in ihren Dysfunktionen und ihrer Tatenlosigkeit gegenüber dem Kurs der Austeritätspolitik.

Bis 2010 fanden Tarifverhandlungen noch auf Branchenebene statt. Die Ergebnisse wurden für allgemeinverbindlich erklärt. Da die griechische Wirtschaft zum größten Teil aus Klein- und Kleinstbetrieben besteht, die keinem Verband angehören, war die Allgemeinverbindlichkeit generelle Praxis, um ein Unterlaufen des Tarifs zu verhindern. Tarifverhandlungen waren auch auf betrieblicher Ebene möglich, doch der Flächentarif durfte nicht unterschritten werden (Günstigkeitsprinzip). Insgesamt galten die Tarifverträge für etwa 90 Prozent der gesamten Arbeiterschaft. Im Zuge der Austeritätspolitik wurden das Tarifvertragssystem sowie die Tarifautonomie de facto abgeschafft. Das gewerkschaftliche Verhandlungsmonopol wurde durch das Zulassen nicht-gewerkschaftlicher Arbeitnehmervertretungen beim Abschluss von Unternehmenstarifverträgen aufgebrochen. Das Prinzip der Allgemeinverbindlichkeit wurde ausgesetzt, die Nachwirkung von Tarifverträgen von sechs auf drei Monate reduziert und die Laufzeit von Tarifverträgen auf drei Jahre begrenzt. Im Jahr 2012 wurde der nationale Manteltarifvertrag de facto ausgesetzt und der Mindestlohn wurde in der Folge einseitig von der Regierung festgelegt. Die durch oben genannte Maßnahmen verursachte Beeinträchtigung der Tarifverhandlungen spiegelt sich in der stark sinkenden Tarifbindung wider, die laut den Daten der OECD von 100 Prozent im Jahr 2010 auf 25,5 Prozent im Jahr 2016 sank.

Im August 2018 leitete das Ministerium für Arbeit und Soziales erste Maßnahmen zur Wiederherstellung der Tarifautonomie ein und begann mit der schrittweisen Wiedereinführung

von Branchenverträgen mit Allgemeinverbindlichkeit. Unter der neuen konservativen Regierung wurde im Herbst 2019 ein Gesetz verabschiedet, mit dem das Günstigkeitsprinzip de facto ausgehebelt wurde: Es wurde festgelegt, dass regionale Branchentarifverträge künftig den nationalen Flächentarif unterschreiten dürfen. Außerdem können Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen – z. B. bei finanziellen Engpässen – von den Regelungen des jeweiligen Branchentarifvertrages abweichen. Die Gewerkschaften reagierten mit Demonstrationen und Streiks, während SYRIZA der Regierung eine Rückkehr in die Zeit der Austeritätspolitik vorwarf.

Mit dem Beschluss von 2012, dass der Staat den Mindestlohn festlegt, wurde dieser von 750 Euro auf 586,08 Euro (für über 25-Jährige) bzw. 510,95 Euro (für unter 25-Jährige) gesenkt. Auch nach dem Auslaufen der Hilfsprogramme für Griechenland wird der Mindestlohn weiterhin nach Beratungen mit den Sozialpartnern per Gesetz durch das Ministerium für Arbeit und Soziales festgelegt. Zum 1. Februar 2019 wurde der Mindestlohn auf 650 Euro angehoben und der geringere Mindestlohn für unter 25-Jährige abgeschafft. Zu den Kriterien für die Festlegung des Mindestlohns gehören Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und die allgemeine wirtschaftliche Lage in Griechenland.

Der Gewerkschaftsbund GSEE nimmt am trilateralen sozialen Dialog mit verschiedenen nationalen Institutionen teil, wie beispielweise der griechischen Arbeitsagentur (OAED), dem Einheitlichen Trägers für Sozialversicherung (EFKA) oder dem nationalen Wirtschafts- und Sozialausschusses (OKE). Letzgenannter ist ein relativ neues Gremium nach dem Vorbild des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Der Ausschuss setzt sich aus Vertreter_innen der Sozialpartner, der Parteien und der Zivilgesellschaft zusammen und wird bei den Beratungen vor relevanten Gesetzesvorhaben miteinbezogen. Es ist schwer abzuschätzen, ob und inwieweit die Gewerkschaftsvertretungen tatsächlich gestalterischen Einfluss auf sozialpolitische Entscheidungen haben.

In Bezug auf eine Mobilisierung der Gesellschaft waren es vor allem die der Gewerkschaft PAME angeschlossenen Gewerkschaften, die während der Corona-Krise einige Initiativen ergriffen, bei denen es hauptsächlich um die Sicherheit der Arbeitnehmer_innen am Arbeitsplatz, um Beschäftigungssicherung und um eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens ging.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die griechischen Gewerkschaften haben in den vergangenen zehn Jahren massiv an Einfluss, Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Gestaltungsmacht verloren. Dementsprechend ist ihr politisches Gewicht derzeit äußerst gering. Die Tatsache, dass es traditionell keinen institutionell verankerten Sozialdialog gibt, hat maßgeblich zu ihrer Schwächung beigetragen.

In Griechenland gelten die Gewerkschaften gemeinhin als unglaublich, ineffektiv, klientelistisch organisiert und parteienabhängig. So gaben im Jahr 2013 in einer repräsentativen Meinungsumfrage 95,2 Prozent der Befragten an, Gewerkschaften hätten nichts oder sehr wenig unternommen, um die soziale Kahlschlagpolitik zu verhindern. Zwei Jahre vorher, also noch relativ zu Beginn der Schuldenkrise, gaben nur 7 Prozent der Befragten an, Vertrauen in die Gewerkschaftsführungen zu haben.

Die griechischen Gewerkschaften haben sich jahrzehntelang im Kampf um Privilegien zu eng an die politischen Parteien und an staatliche Unternehmen gebunden. In der Schuldenkrise wurden sie sowohl von den Gläubigern als auch der Gesellschaft der Mitschuld an der Eskalation der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Situation bezichtigt. Wenig hilfreich war hierbei auch die Haltung der bis Juli 2019 regierenden Partei SYRIZA, Gewerkschaften nicht als Verhandlungspartner bei politischen Projekten anzuerkennen. Es ist bemerkenswert, dass sich der damalige Premierminister Tsipras kein einziges Mal mit dem GSEE-Vorsitzenden Ioannis Panagopoulos traf.

Angesichts dieser eher düsteren Bestandsaufnahme ist zu konstatieren, dass es immense politische und gesellschaftliche Herausforderungen zu überwinden gilt. und viel zu tun gibt: die Rückgewinnung des Vertrauens, eine personelle Erneuerung, die Überwindung parteipolitischer Abhängigkeiten, die Entwicklung eines innovativen Instrumentariums, um die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder besser repräsentieren zu können, die Rekrutierung neuer Mitglieder und eine verbesserte Repräsentation von Frauen und jungen Menschen. Die Gewerkschaften müssen sich wieder als relevante Akteure positionieren – sowohl im Prozess der Politikgestaltung als auch an der Basis. Neben personeller Erneuerung (beispielsweise ist der GSEE-Vorsitzende Ioannis Panagopoulos seit 2006 im Amt und wurde im März 2020 erneut gewählt) geht es vor allem auch darum, die Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu überwinden. Ein anderes zentrales Problem, das seit Jahrzehnten nicht gelöst wurde, ist die riesige und weiter zunehmende »Vertretungslücke« innerhalb der Gewerkschaftsorganisation. Von den 45 Mitgliedern im Verwaltungsrat der GSEE sind nur zwei Frauen. Zudem besteht in den Gewerkschaften ein Mangel an Mitgliedern mit Migrationshintergrund. Auch in Bezug auf interne demokratische Strukturen ist noch viel Luft nach oben. Die Tatsache, dass GSEE 2019 zwei Kongresse ausfallen ließ, zeugt von einem strukturellen Mangel an demokratischem Ethos und einer eingeschränkten Partizipationskultur. Verantwortlich dafür sind in erster Linie die etablierten bürokratischen Eliten, die nicht bereit sind, Neuzugängen die Initiative zu überlassen, aber auch engstirnige militante Gewerkschafter_innen, die sich nicht zur Einhaltung einfacher Grundsätze wie demokratische Partizipation und Bündnisbildung durchringen können, um der Gewerkschaftsbewegung dadurch neues Leben einzuhauchen.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.